



FEHLKALKULATION ELEKTROMOBILITÄT

60 MILLIARDEN EURO KOSTEN: DIE AUTOINDUSTRIE ZAHLT DEN PREIS FALSCHER ANNAHMEN.

Politik kann Märkte lenken – aber nicht ersetzen.

SEK

0 — Fast 60 Milliarden Euro. So viel hat die Wette auf Elektromobilität die Autoindustrie bereits gekostet. Laut einer Analyse der Wirtschaftsberatung Ernst & Young (EY) brach der Gewinn der 19 größten Hersteller 2025 um 59 Prozent ein. Einzelnen Autobauern bescheinigt EY sogar eine potenziell existenzbedrohende Situation.

20 — Das ist mehr als eine konjunkturelle Schwäche- phase – es ist ein maßgeblich durch Regulatorik geprägtes strukturelles Problem: Viele Konzerne hatten ihre Investitionen auf wachsende Absatzmärkte und einen schnellen Hochlauf der E-Mobilität ausgerichtet. Tatsächlich zeigt sich: Marktwirtschaftliche Systeme entwickeln sich nicht auf politisch festgelegten Zielpfaden. Die EU hat – lange Zeit sekundiert von ihren Mitgliedsstaaten wie etwa Deutschland – diese Entwicklung maßgeblich regulatorisch vorangebracht. Vor

SEK

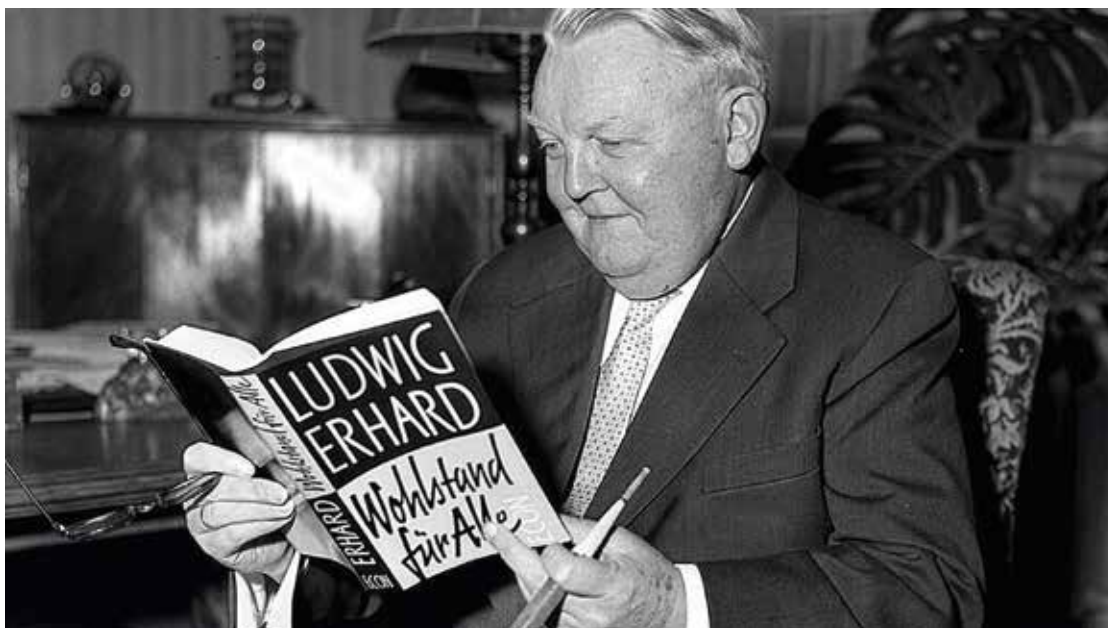
— allem mit dem Versuch, regulatorisch einen „all electric“-Kurs mit der Brechstange durchzusetzen. Dieser verengte den technologischen Korridor und machte die Elektromobilität zur einzigen strategischen Option für die Fahrzeughersteller – unabhängig von der tatsächlichen Marktdynamik und den Wünschen der Autofahrer.

40 — Ludwig Erhard, als Wirtschaftsminister im Nachkriegsdeutschland Architekt der Sozialen Marktwirtschaft, verstand den Staat als Ordnungsmacht. Seine Aufgabe: Regeln setzen, Wettbewerb ermöglichen – der Staat als Schiedsrichter, aber nicht als Spielgestalter, der alle Züge auf dem Feld detailliert vorgibt. Erhard formulierte es so: „Wohlstand für alle und Wohlstand durch Wettbewerb gehören untrennbar zusammen: Das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt“.

60 —

60 Mrd. Euro

hat die erzwungene Umstellung auf E-Mobilität die Autokonzerne bereits gekostet.



↗ Mit seinem Verständnis für Soziale Marktwirtschaft hat Ludwig Erhard den Grundstein für Wohlstand im Nachkriegsdeutschland gelegt. Der läuft nun Gefahr, durch politische Regulierung verspielt zu werden.

Foto: Bundesregierung/Adrian